

Entwicklungsstrategie Kanton Zürich

1. Ausgangslage

Der Kanton Zürich ist Teil und Motor des gleichnamigen Wirtschaftsraumes der sich vom Mittelland bis in die Ostschweiz und vom Rhein bis in die Zentralschweiz erstreckt. Er zeichnet sich durch seine hohe Erreichbarkeit und Vernetzung aus. Die relative volkswirtschaftliche Abhängigkeit des Kantons Zürich von der Entwicklung des Finanzplatzes wird durch die Stärken als Hochschul- und Forschungsstandort aber auch durch die Stärken und Spezialitäten der Nachbarkantone ergänzt. Der Wirtschaftsraum verfügt insgesamt über ein kompetitives Industrie- und Dienstleistungs-Portfolio, über einen attraktiven Arbeitsmarkt der ausländische Fachpersonen zusätzlich anzuziehen vermag und über eine internationale Kompetenz in Wirtschaft, Verwaltung, Bildungsinstitutionen, Kultur, Sport und Tourismus. Die Versorgungsautonomie des Kantons und des Wirtschaftsraumes stützt sich auf Landwirtschaft, Energiewirtschaft, intakte und kompetitive gewerbliche Strukturen sowie einen überdurchschnittlich potenten Binnenmarkt.

Der Wirtschaftsraum ist im internationalen Wettbewerb darauf angewiesen, dass sich Politik und Wirtschaft gemeinsam auf eine Strategie ausrichten, die Wohlstand, Wohlfahrt, Lebens- und Umweltqualität sowie die individuelle Freiheit gewährleisten. Das bedingt eine Politik der Kooperation und Koordination sowohl innerhalb wie auch über die politischen Grenzen hinaus.

Im Rahmen der sechs strategischen politischen Handlungsfelder des Kantons (Raumplanung, Infrastruktur/Umwelt, Finanzen und Steuern, Arbeitsmarkt, Bildung/Forschung und Entwicklung, Organisation), bilden die Raumplanung, Infrastruktur und Finanz-/Steuerpolitik besondere Schwerpunkte.

2. Angestrebte Position

Der Kanton Zürich gehört zu den wirtschaftlich erfolgreichsten, sichersten und stabilsten Plätzen der Welt. Die Standortqualität erreicht regelmässig Spitzenplätze in internationalen Rankings. Er ist geprägt von einer kompetitiven und innovativen Wirtschaft, der international konkurrenzfähigen Erreichbarkeit von und zu den Märkten von heute und morgen, einer gebildeten Bevölkerung, einer intakten Landschaft und einer breit akzeptierten und geschätzten Internationalität. Die Lebensqualität ist für alle Bewohner im Verhältnis zu ihrem Beitrag an die Wohlfahrt des Kantons hoch.

3. Politische Herausforderungen

3.1. Raumplanung und Standortentwicklung

Das Wachstum des Wirtschaftsraumes Zürich findet zunehmend ausserhalb des Kantons Zürich statt. Die existierende und geplante Begrenzung des Siedlungsgebietes verteuert den Standort, fördert Verdrängungseffekte und akzentuiert die Verkehrsproblematik auf allen Verkehrsträgern. Gleichzeitig verbleiben wesentliche Teile der Infrastrukturkosten beim Kanton Zürich. In der Raumplanung muss dieser Herausforderung durch die gezielte Schaffung von Wachstumsmöglichkeiten vermehrt Rechnung getragen werden.

3.2. Infrastruktur und Umwelt

Raumplanung und Verkehrsinfrastruktur beeinflussen sich wechselseitig. Die Erreichbarkeit des Standortes (mit allen Verkehrsträgern, sowohl regional, national wie international), der Abbau von Engpässen mit negativen ökologischen Folgen sowie die zweckmässige Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse von Wirtschaft, Bevölkerung und Tourismus sind zentrale Elemente, um das Entwicklungspotenzial des Wirtschaftsraumes optimal auszuschöpfen.

Der notwendige Entwicklungsspielraum ist deshalb zu erhalten resp. zu erweitern. Zweckmässige und ökonomische Logistikprozesse müssen auch in Ballungsräumen möglich bleiben.

Im Spannungsfeld zwischen haushälterischem Umgang mit Boden und der steigenden Nachfrage nach Raum sind sowohl ökonomische wie ökologische Anliegen zu berücksichtigen. Wachstum hat vor allem dort zu erfolgen und ist zu ermöglichen, wo der Markt dies wünscht. Zur Schonung der natürlichen Ressourcen ist die Verdichtung gezielt zu fördern. Zur Sicherung der Wachstumsperspektiven ist eine sichere, unabhängige und kostengünstige Energieversorgung von grosser Bedeutung. Zur Substituierung fossiler Energieträger ist die Versorgung mit elektrischer Energie langfristig und möglichst autonom sicherzustellen.

3.3. Finanz- und Steuerpolitik

Zwischen Schuldenabbau, wettbewerbsorientierten Investitionen und angemessener Steuerbelastung besteht ein latenter Zielkonflikt. Zur Erhaltung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes haben zweckmässige Investitionen Vorrang. Die tiefe Staatsquote fördert das Wirtschaftswachstum und erweitert das Steuersubstrat. Der Schuldenabbau ist langfristig voranzutreiben. Die Neuverschuldung zur Deckung laufender Ausgaben ist unter allen Umständen zu vermeiden.

3.4. Bildung, Forschung und Entwicklung

Die Investitionen in Bildung und Forschung beeinflussen die Wachstumsperspektiven des Wirtschaftsraumes. Für einen relativ kleinen aber kompetitiven Wirtschaftsraum drängt sich die Fokussierung auf Wachstumsfelder mit hoher Wertschöpfung auf, ohne dabei die der Bevölkerung angemessene Durchmischung der Branchen aufzugeben. Der effektive Mitteleinsatz in der Bildung hat Priorität vor der Budgetausweitung. Dazu ist auch das duale Berufsbildungssystem zu pflegen und im Gleichschritt mit der universitären Ausbildung weiter zu entwickeln und zu stützen.

3.5. Arbeitsmarkt

Die Ausbildung der eigenen Ressourcen muss optimal gefördert werden. Der bestehende liberale und flexible Arbeitsmarkt wird beibehalten und gefördert. Das Wachstums- und Entwicklungspotenzial des Standortes darf nicht durch den Mangel an Fachkräften eingeschränkt werden. Eine kluge und abgesicherte Immigrationspolitik stellt die bedarfsgerechte Zuwanderung der benötigten Fachkräfte sicher.

3.6. Organisation

Zur kohärenten Umsetzung einer Entwicklungsstrategie für den Kanton Zürich müssen klare, wirtschaftsfreundliche Mehrheiten in der Exekutive und der Legislative gesichert werden. Die Zusammenarbeit und Absprache zwischen den Spitzen der Exekutive und Legislative sowie von Wirtschaft, Bildung und Forschung muss institutionalisiert werden.

Der Metropolitanraum Zürich zielt auf die überregionale Vernetzung von Behörden und Verwaltungen ab, ohne die genügende Rückkoppelung mit den aktuell dafür politisch zuständigen Gremien. Sowohl der Standortförderung, der Greater Zürich Area als auch der Metropolitankonferenz Zürich fehlen die konsequente strategische Zusammenarbeit unter sich wie auch zwischen weiteren Organisationen, den Behörden und der Wirtschaft. Mittelfristig muss die staatliche Organisationsstruktur überdacht und den effektiven Gegebenheiten in Wirtschaft und Gesellschaft angepasst werden.

4. Anforderungen für eine neue Entwicklungspolitik

4.1. Zürich als Wirtschaftsraum der Schweiz

- Mit den umliegenden Kantonen werden Absprachen zu den Dossiers getroffen, welche wichtige, kantonsübergreifende Themen beinhalten. Die Absprachen erfolgen interdisziplinär und direktionsübergreifend.
- Die Zusammenarbeit und Absprache mit den weiteren Zentren und Metropolitanräumen wird intensiviert. Der Bund ist auf dieser Stufe mit einzubeziehen.
- Die Kantone wirken darauf hin, in aussenpolitischen Fragen welche die Zusammenarbeit der Kantone mit den angrenzenden Regionen betreffen, in die Verhandlungen über Verträge und Vereinbarung mit einbezogen zu werden.

4.2. Monitoring, Standortpflege und Standortentwicklung

- Die Standortpflege erfolgt durch die öffentliche Hand, in Absprache und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der ansässigen Wirtschaft.
- Standortentwicklung und Standortmarketing werden als Verbundaufgabe der öffentlichen Hand und der Wirtschaft wahrgenommen (PPP).
- Die Standortentwicklung wird als interdisziplinäre Aufgabe wahrgenommen.
- Das Standortmarketing wird umfassend wahrgenommen (integriertes Destinations- und Standortmarketing).

4.3. Organigramm der obersten Führung im Kanton

- Das Organigramm ist so anzupassen, dass interdisziplinäres Denken und Handeln gestärkt wird.
- Dieser Grundsatz gilt sowohl für die oberste strategische Führung wie auch für die oberste operative Führung.
- Der kantonsübergreifenden Zusammenarbeit ist der nötige Raum zu geben.

4.4. Organisation Verwaltung

- Die Dienste der Verwaltung werden vermehrt interdisziplinär und nachfrageorientiert angeboten.
- Voraussetzung ist die zentrale Leistungserbringung in den Bereichen IT, Kommunikation, Personal, Bau, Liegenschaften

4.5. Organisation Politik I

- Die parlamentarische Aufsicht ist als Sicherungselement gegenüber Regierung und Verwaltung zu stärken.
- Die Organisation der ständigen Kommissionen ist zu überdenken.
- Die personelle Entwicklung im Parlament und in den Kommissionen ist zu überdenken. Zur Steigerung der Kontinuität wären Teilerneuerungswahlen denkbar.
- Die Gemeindestrukturen sind mit Blick auf die finanzpolitischen und infrastrukturellen Ziele und als Konsequenz der immer schwieriger kompetent zu besetzenden Milizfunktionen zu überprüfen.

4.6. Organisation Politik II

- Über die Arbeit in Konkordaten und Konferenzen wird transparent und zeitgerecht Bericht erstattet.
- Die Finanzkompetenzen von Regierung, Parlament und Verwaltung sind zu überdenken und einem Gesamtkontext zu regeln.
- Die Anstellungsbedingungen in der Verwaltung sind weiter an die Privatwirtschaft anzugleichen.